

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2020

NEIN zur Kündigungsinitiative



Darum braucht es ein NEIN

Die Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative) verlangt das Ende der Personenfreizügigkeit. Diese gehört zu den bilateralen Verträgen I mit der EU, die nicht einzeln gekündigt werden können. Wird die Initiative angenommen, verliert das Exportland Schweiz per Ende April 2022 seine Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Ein Plan B ist nicht in Sicht.



«Die Kündigungsinitiative gefährdet die bilateralen Abkommen und damit auch den Wirtschaftsstandort Aargau.»

Dr. Markus Dieth
Landammann, CVP

Die Kündigungsinitiative bedroht den Wirtschaftsstandort Aargau massiv

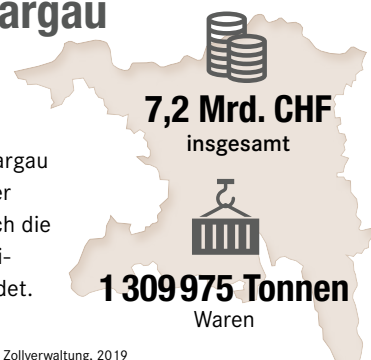
Als bedeutender Industrie- und Exportstandort ist der Aargau stark auf die bilateralen Abkommen angewiesen. Die Kündigungsinitiative bedroht unsere Wirtschaft und Tausende Arbeitsplätze.

Der Aargau und seine Menschen leben und profitieren von einer starken Industrie. Und diese wiederum lebt vom Aussenhandel! Wie kaum ein anderer Kanton ist der Aargau von der Exportwirtschaft abhängig: Fast ein Drittel aller Beschäftigten sind in der Exportbranche tätig. 64 Prozent aller Exporte fließen in die EU. Gute vertragliche Beziehungen zur mit Abstand wichtigsten Handelspartnerin sind für uns als Grenzkanton unverzichtbar – mehr denn je.



Exporte Aargau

So viel exportiert der Kanton Aargau jährlich. Dieser Erfolg ist durch die Kündigungsinitiative gefährdet.



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, 2019

Die Corona-Krise hat die Schweizer Wirtschaft durchgeschüttelt. Der Austausch an Waren und Dienstleistungen über die Landesgrenzen und damit die Wertschöpfungsketten wurden unterbrochen. Gerade jetzt wäre es verantwortungslos, unseren Unternehmen zusätzlich einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Die Kündigungsinitiative bedroht die privilegierte Teilnahme unserer Unternehmen am europäischen Binnenmarkt. Sie schadet unserem Industrie- und Forschungsstandort, gefährdet Steuereinnahmen und Arbeitsplätze und somit auch unseren Wohlstand. Darum braucht es am 27. September ein Nein zu dieser radikalen Initiative!

Die Personenfreizügigkeit ist wichtig für die Schweiz



«Wer glaubt, er sei frei, wenn er sich an keine Gesetze halten muss, hat Freiheit nicht verstanden.»

Peter Stamm
Autor

Als junger Mann glaubte ich, Besitz nehme mir Freiheit, mache mich unbeweglich, deshalb lebte ich in möblierten Zimmern. Auch eine feste Beziehung, fürchtete ich, könnte mir meine Freiheit nehmen, Kinder sowieso.

Inzwischen habe ich gelernt, dass Freiheit eine Geisteshaltung ist, die nicht bedroht wird von der Verantwortung, die ich trage. Und die nicht eingeschränkt wird von den Gesetzen, an die ich mich halte. Wer Teil einer Gemeinschaft sein will, muss sich an ihre Regeln halten, das gilt in der Familie, das gilt im Staat

und das gilt auch in der Weltgemeinschaft. Meine Identität ist davon nicht bedroht.

Die Freiheit, nach der wir streben sollten, ist geistige Freiheit, Bewegungsfreiheit, die Freiheit als Studierende, Künstler und Wissenschaftlerinnen zusammenarbeiten zu können über Grenzen hinweg. Dass wir dort so gut geschützt sind wie zu Hause, verdanken wir internationalen Abkommen. Wer glaubt, er sei frei, wenn er sich an keine Regeln und Gesetze halten muss, hat Freiheit nicht verstanden.

Kurz befragt



Dina Pomeranz
Wirtschaftswissenschaftlerin
und Assistenzprofessorin an
der Universität Zürich

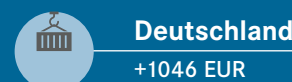
Von welchen Vorteilen profitieren Schweizer Forschende dank des Forschungsabkommens mit der EU? Die Teilnahme an den Förderprogrammen der EU finanziert viele wichtige Forschungsprojekte und macht die Schweiz für international führende WissenschaftlerInnen attraktiver.

Wie spüren Sie diese Vorteile im Forschungsalltag? Durch «Horizon 2020» wurde mir ein Forschungsbeitrag von gut einer Million Euro zugesprochen. Dies erlaubte es mir, mein Team substanziell auszubauen, verlieh meiner Forschung enormen Aufschwung und internationale Anerkennung.

Welche Auswirkungen hätte ein Wegfall des Forschungsabkommens? Wenn Schweizer Unis nicht mehr in der «Europa League der Forschung» mitspielen könnten, riskieren wir, Finanzierung, Reputation, Innovationskraft und Spitzenleute zu verlieren.

Binnenmarkt bringt Mehrwert

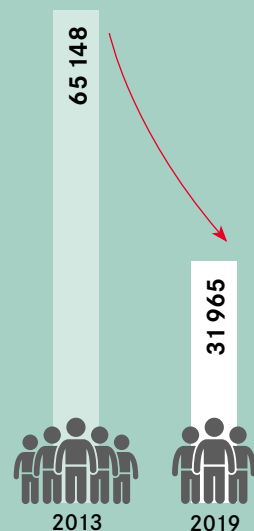
Das durchschnittliche jährliche Einkommen pro Kopf fällt dank dem Binnenmarkt um 2914 Euro höher aus.



Quelle: Mon / Ponattu (2019); Ökonomische Effekte des EU-Binnenmarkts in Europas Ländern und Regionen

Zuwanderung weiterhin sehr tief

Die Nettozuwanderung der EU- und EFTA-Staatsangehörigen ist deutlich rückläufig und hat sich seit 2013 mehr als halbiert.



Quellen: BFS / SEM (2020)

Die Bilateralen sind essenziell für Sonnenbräu

Schweizer KMU wie die Sonnenbräu AG in Rebstein (SG) profitieren deutlich von den Bilateralen. Die Kündigungsinitiative setzt diese Vorteile nun aufs Spiel.

Die internationale Vernetzung hat Grenzregionen wie das St. Galler Rheintal stark gemacht. Sie profitieren täglich vom regen Austausch mit ihren direkten Nachbarn. Gemäss Claudia Graf, deren Brauerei seit 1891 das beliebte Sonnenbräu produziert, haben die Bilateralen den exportorientierten Wirtschaftsraum Rheintal zu dem gemacht, was er heute ist.

Das gelte unter anderem für die Personenfreizügigkeit, die es ermögliche, überall in Europa zu leben, zu arbeiten und sich weiterzubilden. «Für die Ausbildung zum Braumeister ist dies ein entscheidender Vorteil, denn diese wird in der Schweiz nicht angeboten», erklärt Graf. Wer den Beruf erlernen will, muss zwingend ins benachbarte Ausland ausweichen.

Die Schweizer Brauereien leiden seit Jahren unter einem Fachkräftemangel, vor allem bei Brauern. Ohne Personenfreizügigkeit wäre die Stellenbesetzung noch deutlich schwieriger.

Die Bilateralen sind eine 18-jährige Erfolgsgeschichte. Gerade jetzt, wo die Wirtschaft unter den Folgen der Corona-Krise leidet, wäre es verantwortungslos, diese Vorteile



«Nur mit den Bilateralen kann unsere Wirtschaft zu alter Stärke zurückkehren.»

Claudia Graf
Geschäftsführerin der Sonnenbräu AG,
Braumeisterin

zu kippen. Für Graf ist klar: «Die Kündigungsinitiative ist das Letzte, was Unternehmen wie die Sonnenbräu jetzt brauchen. Sie verdient ein klares Nein.»

NEIN zur radikalen
Kündigungsinitiative

Kein Plan B in Sicht

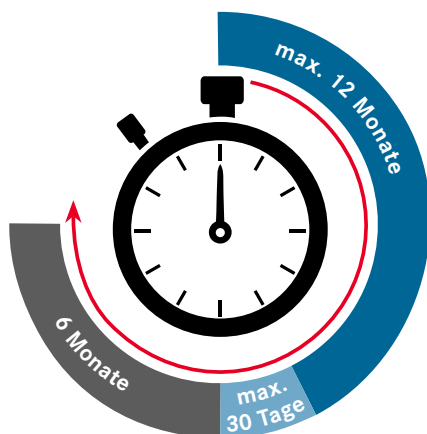
Nach einem Ja zur Kündigungsinitiative fallen spätestens Ende April 2022 die ganzen Bilateralen I weg. Diese Frist reicht niemals, um mit der EU – unserer wichtigsten Handelspartnerin – eine befriedigende neue Lösung auszuhandeln.

Ein Freihandelsabkommen kann die Bilateralen I nicht ersetzen. Ein solches regelt weder, dass Schweizer Produktstandards den europäischen gleichwertig sind, noch den grenzüberschreitenden Bahn-, Strassen- und Luftverkehr und garantiert auch keine Teilnahme an Forschungsprogrammen.

Fazit: Es gibt keine gute Alternative zu den Bilateralen I.

Die Uhr tickt!

✗ 27. September 2020:
Die Kündigungsinitiative wird angenommen.



✗ Ende April 2022:
Die Schweiz steht ohne Bilaterale I da.

■ Die Kündigungsfrist der Bilateralen I läuft.

■ Der Bundesrat versucht auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, dass das Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit ausser Kraft gesetzt wird.

■ Der Bundesrat kündigt das Abkommen über die Personenfreizügigkeit.



«Die Kündigungsinitiative isoliert die Schweiz und stellt sie wirtschaftspolitisch ins Abseits.»

Marianne Binder
Präsidentin CVP Aargau,
Nationalrätin



«Wir befinden uns inmitten einer Wirtschaftskrise. Die Schweiz braucht jetzt offene Märkte und keine extremen Experimente.»

Peter Fischer
Präsident des Verwaltungsrats
Fischer Reinach AG



«Gerade in global unsicheren Zeiten ist Abschottung keine Lösung. Darum sage ich NEIN zur Kündigungsinitiative!»

Lilian Studer
Nationalrätin EVP



«Die Kündigungsinitiative der SVP gefährdet die gesamten Bilateralen und deshalb auch unsere Arbeitsplätze.»

Dr. Urs Hofmann
Regierungsrat, Vorsteher
Departement Volkswirtschaft
und Inneres, SP



«Dank der Bilateralen können unsere Firmen am Binnenmarkt teilnehmen, ohne an Souveränität zu verlieren. Die Kündigungsinitiative schwächt unsere Unternehmen.»

Marianne Wildi
CEO Hypothekarbank Lenzburg



«Die Kündigungsinitiative beendet den bilateralen Weg. Besonders in der aktuellen Situation dürfen wir dieses Experiment nicht eingehen.»

Thierry Burkart
Ständerat FDP



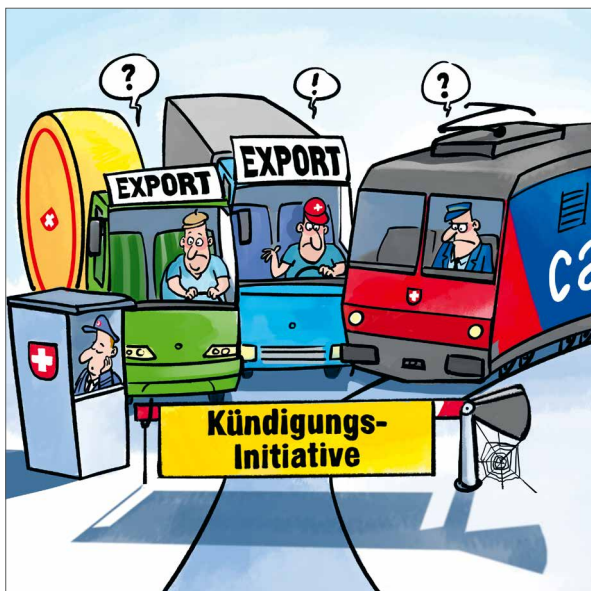
«Für die aktuellen Herausforderungen in den Bereichen Mobilität, Energie und Umwelt brauchen wir grenzüberschreitende Lösungen, keine Isolation.»

Stephan Attiger
Landstatthalter, Vorsteher
Departement Bau, Verkehr
und Umwelt, FDP



«Der bilaterale Weg hat sich bewährt. Die Kündigungsinitiative nimmt in Kauf, dass alle Brücken auf diesem Weg einstürzen. Das radikale Vorhaben erhält darum mein NEIN!»

Dr. Lukas Pfisterer
Präsident FDP Aargau, Grossrat



Wer sagt NEIN

Bundesrat, Parlament und Kantone, FDP, CVP, SP, Grüne, Grünliberale, BDP, EVP, economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Gewerbeverband, Swissmem, Scienceindustries, SwissBanking, swissuniversities, ETH-Rat, Operation Libero, Travail.Suisse, Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), Unia, hotelleriesuisse, gastrosuisse, Interpharma, Seilbahnen Schweiz, Schweizerischer Versicherungsverband, Courage Civil u.v.m.

Jetzt brieflich
abstimmen!

NEIN zur radikalen
Kündigungsinitiative

www.kündigung-nein.ch

Aargauer Komitee
«NEIN zur Kündigungsinitiative»
c/o FDP. Die Liberalen Aargau
Laurenzenvorstadt 79 / Postfach
5001 Aarau